

Paul Schäfer

# Israel: Reise in ein zerrissenes Land

Warum Frieden in Palästina auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist

## Likuds erneuter Sieg

Die schlechte Nachricht zuerst: Ministerpräsident Benjamin »Bibi« Netanjahu, seit zehn Jahren im Amt, kann nach den Wahlen vom April 2019 zum israelischen Parlament (Knesset) voraussichtlich weitere Jahre regieren. Auch die *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)* schreibt: »Für die Palästinenser und den Friedensprozess ist dies keine gute Nachricht«. <sup>1</sup> Netanjahus Likud hat zugelegt und 35 Sitze erhalten. Eine rechtslastige Koalition wird über eine Mehrheit von 61 Sitzen (von 120 Sitzen) verfügen. Neben Likud besteht der reaktionäre Block aus zwei rechten Gruppen, die zusammen knapp 8% erzielten (10 Sitze), <sup>2</sup> und den Orthodox-Religiösen, die knapp 12% erreichten und ihre Sitzzahl steigern konnten (siehe die Tabelle auf der folgenden Seite).

Unerwartet kam der Triumph Netanjahus nicht. <sup>3</sup> Die Wirtschaft war in den vergangenen Jahren ununterbrochen gewachsen, die Staatsschulden und die Arbeitslosigkeit niedrig, der Export boomte. Netanjahus Trumpf: »*Start-up-Land Israel*«. Außerdem spielten ihm internationale Entwicklungen in die Karten. Dazu zählt nicht zuletzt die Präsidentschaft Donald Trumps in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und die Anerkennung der Annexion der Golan-Höhen durch die USA konnte »Bibi« als große Erfolge verbuchen. Auch das geopolitische Tauziehen zwischen Iran und Saudi-Arabien um die regionale Vorherrschaft wusste der Ministerpräsident zu nutzen. Neue Allianzen mit Golf-Staaten und Ägypten gegen das Regime in Teheran deuteten sich an.

Schließlich war »Bibi« in einem Wahlkampf in seinem Element, in dem Schmuddelvideos und Fake-Accounts eine größere Rolle als inhaltliche Aus-

---

<sup>1</sup> NZZ vom 9.4.2019, Wahlen in Israel: Der Weg ist frei für Netanjahu.

<sup>2</sup> Darunter befindet sich die neugegründete, offen rassistische Union der rechten Parteien.

<sup>3</sup> Paul Pasch: Führender Kopf, in: IPG, Internationale Politik und Gesellschaft, 5.4.2019, [www.ipg-journal.de](http://www.ipg-journal.de).

## Wahlergebnisse zur 21. Knesset

| Partei                                | Stimmen   | %     | Sitze | +/- |
|---------------------------------------|-----------|-------|-------|-----|
| Likud                                 | 1.140.370 | 26,46 | 35    | + 5 |
| Kachol Lavan (Blau-Weiß)              | 1.125.881 | 26,13 | 35    | +24 |
| Schas (Ultraorthodoxe)                | 258.275   | 5,99  | 8     | + 1 |
| Vereinigtes Thora-Judentum            | 249.049   | 5,78  | 8     | + 2 |
| Chadasch-Ta'al (arabisch)             | 193.442   | 4,49  | 6     | + 1 |
| Awoda (Arbeitspartei)                 | 190.870   | 4,43  | 6     | -12 |
| Jisra'el Beitenu (ultrarechte Partei) | 173.004   | 4,01  | 5     | ± 0 |
| Union der rechten Parteien            | 159.468   | 3,70  | 5     | ± 0 |
| Meretz (linksliberal)                 | 156.473   | 3,63  | 4     | - 1 |
| Kulanu (liberal)                      | 152.756   | 3,54  | 4     | - 6 |
| Ra'am-Balad (arabisch)                | 143.666   | 3,34  | 4     | - 4 |

Quelle: [votes21.bechirov.gov.il](http://votes21.bechirov.gov.il)

einandersetzungen spielten<sup>4</sup> und ein Überbietungswettbewerb darüber stattfand, wer konsequenter die Palästinenser vor allem in Gaza in die Schranken weisen würde.

Und dennoch schien Netanjahu angeschlagen. Drohende Anklagen der Generalstaatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Korruption machten ihm zu schaffen und überraschenderweise trat ein ernstzunehmender Herausforderer auf den Plan, dem man vorübergehend sogar zutraute, Netanjahu abzulösen. Ging es bis zu diesem Zeitpunkt nur um die Frage, ob das Land eine noch rechtere Regierung bekommen würde, so stellte sich jetzt die Frage, ob auch eine Verschiebung »zur Mitte hin« denkbar sein könnte. Es wurde also doch noch spannend.<sup>5</sup>

Die neue Liste Blau-Weiß, angeführt von dem früheren Generalstabschef Benny Gantz, weiteren prominenten Militärs wie General Moshe Yaalon oder Ex-Generalstabschef Gabi Ashkenasi und dem als gemäßigt-liberal geltenden Jair Lapid, hat denn auch die Parteienlandschaft durcheinander gewirbelt und mit 35 Sitzen einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Mit einem dezidierten Programm konnte Blau-Weiß nicht aufwarten. Benny Gantz versuchte sich mit Verweis auf seinen militärischen Sachverstand dem Wahlvolk als besserer Garant der Sicherheit des Landes zu präsentieren. Keinen Zweifel ließ Gantz daran, dass er die Siedlungsblöcke stärken und hart gegen palästi-

<sup>4</sup> [www.israelnetz.com](http://www.israelnetz.com) 5.4.2019

<sup>5</sup> Tsafrir Cohen: Israel vor den Wahlen: Die Hegemonie des rechten Lagers, [www.rosalux.org.il](http://www.rosalux.org.il), 28.3.2019.

nensischen Widerstand vorgehen wolle. Die wirtschaftspolitischen Vorschläge des Bündnisses können als neoliberal eingeordnet werden.

Worauf stützten sich die hierzulande anzutreffenden Hoffnungen, mit einem von Blau-Weiß angeführten »Mitte-Links-Regierungsbündnis« könnte ein politischer Richtungswechsel eingeleitet werden?<sup>6</sup> Diese Hoffnung war unter anderem von der Furcht geprägt, eine Rechtsverschiebung könnte zu einer weiteren gravierenden Schwächung liberaldemokratischer Grundsätze im Lande führen. Denn während die Ultrarechten schon seit geraumer Zeit das Oberste Gericht ins Visier genommen haben, das punktuell gegen die expansive Siedlungspolitik entschieden hat, pochte Benny Gantz auf die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit. Und dies wäre wahrscheinlich die nicht unwichtige Differenz zum jetzt drohenden verschärften Rechtskurs gewesen. Die Spielräume für das liberale und linke Israel wären vermutlich größer ausgefallen.

Jetzt wird es die Opposition noch schwerer haben. Die Arbeitspartei (Awo-da), die insgesamt immerhin 40 Jahre das Land regiert hatte, ist inzwischen zu einer Splitterpartei geschrumpft. Gerade mal 4,43% stimmten für sie. Die Hoffnung, mit einer neuen Führung punkten zu können, erfüllte sich nicht.<sup>7</sup> Zumal diese den Anpassungsprozess nach rechts fortsetzte. So hat der neue Vorsitzende, Avi Gabbay, beispielsweise die Anerkennung der Golan-Annexion durch Donald Trump ausdrücklich begrüßt. Ob das Wahldebakel nun zu einem Umdenken führen wird, ist fraglich.

Immerhin konnte die linksliberale Partei Meretz mit 3,63% wieder ins Parlament einziehen. Sie bleibt eine wichtige Stimme zur Verteidigung der demokratischen Kultur im Lande. Die »arabisch-palästinensischen« Wahllisten Hadash-Ta'al und Ra'am Balad erreichten zusammen knapp 8% und 10 Sitze. 2015 hatte eine »Gemeinsame Liste« noch 13 Sitze erlangt und war drittstärkste Fraktion in der Knesset geworden. Die Verluste sind vor allem auf eine um 10% zurückgegangene Wahlbeteiligung unter den israelischen Palästinenser\*innen zurückzuführen. Nur noch die Hälfte der Wahlberechtigten ging zur Wahl. Dabei spielte nicht nur die Enttäuschung über die Spaltung der Gemeinsamen Liste eine Rolle; das Gefühl der Ohnmacht sitzt offenbar tief.

Was ist nun zu erwarten? Kurz vor dem Wahltag hatte Netanjahu noch einmal versucht, die extreme Rechte für sich zu gewinnen, indem er ankündigte, niemals Siedlungen räumen und stattdessen die von ultrarechts geforderte Teilannexion der Westbank vorantreiben zu wollen. Was davon umgesetzt werden wird, ist noch unklar.

---

<sup>6</sup> Peter Lintl: Israel vor wegweisenden Wahlen. Eine neue Rechtsregierung könnte den Staat grundlegend verändern, Stiftung Wissenschaft und Politik, swp-aktuell 2019/A 18, April 2019.

<sup>7</sup> Daniel Ben-Simon: Sound of Silence, [www.ipg-journal.de](http://www.ipg-journal.de), 22.3.2019.

Weitere Fragen stellen sich: Lässt sich der Generalstaatsanwalt vom Wahlergebnis beeindrucken und lenkt ein? Kann »Bibi« einem Prozess entgehen, indem das Parlament ihn für immun erklärt? Welchen Preis müsste er an die extreme Rechte und die Orthodox-Religiösen dafür zahlen?

Ob die De-facto-Annexion weiterer Gebiete der Westbank forciert und förmlich erklärt wird, hängt indes weniger von inneren Widerständen als vom internationalen Umfeld ab. Präsident Trump hat vor zwei Jahren angekündigt, ein endgültiges Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinenser\*innen vermitteln zu wollen. Ist diese Willenserklärung mit den Plänen Netanjahus kompatibel? Vermutlich ja. Wie reagiert der Rest der Welt darauf?

Als einigermaßen gesichert kann gelten: »In der besetzten Westbank werden zwei unterschiedliche Rechtssysteme ausgebaut, eins für jüdische Siedler\*innen, eins für Palästinenser\*innen. Die Vorrechte der jüdischen Bevölkerung sollen ausgeweitet werden zuungunsten der Palästinenser\*innen, die in Israel Bürger\*innen zweiter Klasse bleiben und in den besetzten Gebieten in dichtgedrängten Enklaven eingepfercht und ohne Staatsbürgerschaft ihr Elend in »autonomen« Gebieten werden verwalten dürfen.«<sup>8</sup>

Bleibt angesichts dieser unverrückbar erscheinenden Situation nur noch, sich von dieser Konfliktregion abzuwenden? Nichts wäre falscher als dies. Die Opposition gegen das Besatzungsunrecht und für einen gerechten Frieden braucht internationale Solidarität.

Die ungelösten Fragen bleiben: Wie lange wird sich die »internationale Gemeinschaft« damit abfinden, dass das Völkerrecht und die Menschenrechte auf der Strecke bleiben? Wie lange akzeptieren die Menschen auf der israelischen und der palästinensischen Seite die weiter forcierte Einschränkung demokratischer Rechte und die politische und soziale Ausgrenzung größer werdender Bevölkerungsteile? Wie soll es mit dem Besatzungsregime auf lange Sicht weitergehen? Kann es ohne Kompromisse überhaupt noch Chancen auf eine friedliche, dauerhafte Verständigung mit den Palästinenser\*innen geben? Und: Von welchem Selbstverständnis will sich die Bevölkerung des Landes künftig leiten lassen? Soll die Entwicklung in Richtung eines pluralen, multiethnischen, demokratischen Israels gehen, oder soll die Tendenz zu einem jüdisch-nationalistischen Staat mit Bürger\*innen erster, zweiter und dritter Klasse fortgesetzt werden? Und was würde dies für die heute schon fragiler gewordenen rechtstaatlich-demokratischen Institutionen und Verhältnisse bedeuten?

---

<sup>8</sup> Tsafirir Cohen: Rechte Hegemonie gesichert. Ergebnisse der Knesset-Wahl 2019. [www.rosalux.org.il](http://www.rosalux.org.il), 12.4.2019.



*Feierabend in der Sheinkin Street in Tel Aviv*

Eine Reisegruppe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der ich angehörte, wollte sich im November 2018 näher mit diesen Fragen beschäftigen und sich mit größtmöglicher Offenheit die Verhältnisse »vor Ort« anschauen. Wir konnten dabei einen genaueren Blick darauf werfen, welche Risse und Spaltungen die israelische Gesellschaft durchziehen und welche Konflikte zukünftig zu erwarten sind. Wir sind mit Eindrücken und Erkenntnissen zurückgekommen, die uns noch lange beschäftigen werden.

## **Tel Aviv, die hippe »weiße Stadt« am Meer**

Tel Aviv ist hip. Am Coconut Beach lässt es sich die Jeunesse dorée gut gehen, die Business-Leute aus den Start-up-Büros inszenieren ihr tägliches Work-Out. Krieg ist hier kein Thema. Während wir uns ein neu erschlossenes Nobelquartier (»Andromeda Quarter« – eine Art Gated City) im Stadtteil Yafo (Jaffa) im Eiltempo ansehen – die Herrschaften möchten nicht gestört werden –, sind israelische Kampfflugzeuge am Himmel zu sehen und zu hören. Später lesen wir in den Nachrichten, dass es wieder Bombenangriffe auf das

abgeriegelte Gaza gegeben hat. Alltag in Nahost und doch scheint Krieg im nur 90 km nördlich von Gaza gelegenen Tel Aviv weit weg.<sup>9</sup>

Diese kurz aufflammende Gewalt, eigentlich unter die Kategorie »Business as usual« fallend, löste letztlich die Wahlen aus. Ministerpräsident Netanjahu brach einen Auslandsaufenthalt ab, handelte mit der Hamas in Gaza in Windeseile einen »Waffenstillstand« aus, sein Außenminister Avigdor Lieberman trat zurück. Warum eigentlich? Es ging um Differenzen im rechten Lager, wie man die Palästinenser\*innen am besten bekämpfen sollte. Lieberman wollte die Hamas in Gaza wegbomben, Netanjahu will sie als Antipoden erhalten. Die Spaltung zwischen Fatah und Hamas wird von ihm als nützlich angesehen, auch weil sie die Diskreditierung des palästinensischen Widerstands erleichtert. So sind wir inmitten der israelischen Politik angekommen.

## Die sozialen Widersprüche im Land

Die erste Station unserer Reise ist Yafo/Jaffa, der palästinensische Teil der Stadt Tel Avivs gewissermaßen. Noch ist das ehemalige Jaffa mehrheitlich von Palästinenser\*innen bewohnt, aber da es sich um einen Ort mit historischem Zentrum, attraktiven Häusern, schöner Hafenanlage handelt, die auch Touristenmagnet ist, ist der Prozess der Verdrängung der angestammten Einwohner\*innen in vollem Gang. Immobilienspekulation ist gerade im Großraum Tel Aviv ein renditebringendes Geschäftsmodell. Das vermittelt uns eine erste interessante Erkenntnis: Verdrängung der palästinensischen Bewohner\*innen und Gentrifizierung gehen Hand in Hand. Ein irritierendes Detail: Unter den Investoren sind auch Jüdinnen und Juden aus Nordamerika und Europa, die angesichts des sich ausbreitenden Antisemitismus in ihren Ländern Zweitwohnsitze für den »Fall der Fälle« erwerben. Doch lässt das die Verdrängungsprozesse in einem milderen Licht erscheinen? Wohl kaum.

Durch Schilderungen unserer Begleiter bekommen wir einen ersten Eindruck davon, wie sich wirtschaftlich-soziale Dinge mit den großen politischen Konfliktlinien mischen. Israel ist ein sehr kleines Land, schon heute extrem dicht besiedelt, mit nach wie vor recht großer wirtschaftlicher Dynamik, was natürlich dazu führt, dass Grund und Boden exorbitant teuer sind. Dies alles schlägt sich auch in den Immobilien- und Mietpreisen nieder. Ein berufstätiges Paar mit zwei Kindern zum Beispiel, das zusammen umgerechnet 3.000

---

<sup>9</sup> Gaza stand nicht in unserem Reiseplan. Es wäre ohnehin sehr schwierig, dort hinein zu kommen. Daher kann die besondere Problematik des Gaza-Streifens und seiner Abriegelung hier nicht aufgegriffen werden.

Euro netto nach Hause bringt, muss bis zu 70% des Einkommens für Miete ausgeben. Das heißt, neben Ernährung und Ausgaben für die Schulbildung bleibt nicht allzu viel übrig, wenn überhaupt. Im glitzernden Teil Tel Avivs ist zu erahnen, dass sich hier eine extrem reiche Oberschicht gut eingerichtet hat, die es auch versteht, unter dem Vorsatz, das Land gegenüber den »arabischen Feinden« zu schützen, die sozialen Widersprüche des Landes immer wieder gut zu kaschieren. Ihr steht eine Mittelschicht gegenüber, die zu kämpfen hat, um ihren Alltag zu bewältigen, und deren Status alles andere als stabil ist. Dies ist eine der Grundlagen, wie wir später sehen werden, für die Attraktivität billigeren Wohnraums in den neu entstehenden Siedlungen in den Palästinensergebieten. Und das erklärt wiederum, wie sich das bestehende Übergewicht des rechtsnationalen Blocks durch solche Interessensallianzen beständig reproduziert.

Immerhin, das haben wir in Yafo in unseren Gesprächen gelernt, gibt es dort eine aktive Zivilgesellschaft, die sich gegen die unsoziale Stadtplanung zur Wehr setzt und für bezahlbaren Wohnraum streitet. Charakteristisch scheint auch zu sein, dass in diesen Initiativen Palästinenser\*innen und engagierte »jüdische Israelis« zusammenarbeiten, die sich also auch gegen »ethno-nationale« Diskriminierungen wenden. Die dort engagierten Bürger\*innen haben mitgeholfen, dass lokale linke Gruppen (Wahllisten) erste Erfolge bei den Kommunalwahlen erreichen konnten und jetzt im Stadtrat mitmischen. Möglicherweise sind diese Bewegungen ja die Keimformen eines anderen Israel, das die alten Frontlinien überwindet und sich der Lösung sozialer Fragen zuwendet.

Mehr über die in vielerlei Hinsicht zerklüftete israelische Gesellschaft lernen wir in einer Diskussion mit einer Aktivistin der Gruppe »*Hakeshet Ha-Mizrachit*«. Die *Mizrachim* umfassen laut offizieller Statistik jüdische Menschen aus Asien und Afrika, die im Laufe der Zeit nach Israel eingewandert sind. Die Bezeichnung »orientalische« Juden ist insofern treffgenauer, als es sich bei dieser Bevölkerungsgruppe überwiegend um Menschen aus dem nordafrikanischen, arabischen Raum handelt. Sie verließen diese Länder aus Begeisterung für das zionistische Projekt, aber auch weil sie nach der Staatsgründung Israels vielerlei Anfeindungen und Verfolgungen in der arabischen Welt ausgesetzt waren. Die schon im Land lebenden jüdischen Israelis, die *Aschkenasim*<sup>10</sup> und speziell die Arbeitspartei und ihre aus der europäisch geprägten Arbeiterbewegung hervorgegangenen Vorgängerparteien hatten zu

---

<sup>10</sup> Der Begriff *Aschkenasim* wurde ursprünglich für eingewanderte Juden im deutschsprachigen Raum verwandt und später auf die mittel-, nord- und osteuropäischen Juden und ihre Nachfahren übertragen. Sie bilden die größte ethno-religiöse Gruppe im heutigen Judentum.

diesen Einwanderer\*innen ein zwiespältiges Verhältnis: Einerseits erschien ihre Aufnahme als demografische Notwendigkeit, auch als Arbeitskräfte waren sie willkommen, auf der anderen Seite waren sie der europäisch-jüdischen Gründungselite suspekt und galten als eher rückschrittlich, ungebildet. Auch sie hatten und haben mit Diskriminierungen zu kämpfen, etwa wenn es um die Aufnahme in die Kibbuzim geht, die erst nach strenger Prüfung erfolgt, oder durch informelle Hürden im Bildungswesen und in der Berufswelt. Entsprechend sind Mizrachim auch in der »großen Politik« bis heute deutlich unterrepräsentiert. Einer Art Bewährung gleich wurden sie bevorzugt in Gebieten mit palästinensischen Bevölkerungsanteilen und an den neuen Grenzen zu den Palästinensergebieten angesiedelt.

Die Publizistin Andrea Böhm berichtet darüber, wie Mizrachim während der Gaza-Offensive 2014 nach Tel Aviv zogen, um dort Friedensdemonstrant\*innen zu verprügeln.<sup>11</sup> Der Grund: Sie wohnen dicht am Gaza-Streifen und sind die Leidtragenden der zahlreichen Raketen, die aus Gaza auf israelischem Gebiet einschlagen. Sie bewegen sich offenkundig ihrerseits im Zwiespalt: Sie wollen sich von denen »ganz unten«, den Palästinenser\*innen, deutlich absetzen, hassen aber auch die »bevorzugten« Aschkenasim, die das Leben im sicheren Tel Aviv genießen, während sie – die Mizrachim – der Elite des Landes den Rücken freihalten.

Das Kalkül dieses besonderen Umgangs der Elite mit den orientalischen Einwanderer\*innen scheint voll aufzugehen: Sie sehen sich unter besonderem Druck zu beweisen, dass sie »vollwertige Israelis« sind, und möchten sich darin endlich anerkannt wissen. Aus diesem Grunde wählen die Mizrachim, obwohl eher armen und unterprivilegierten Schichten zugehörig, wider ihre Interessen mit großer Mehrheit den ultrakonservativen Likud-Block. Die progressiven Gruppen unter den Mizrachim, die versuchen, die sozialen Diskriminierungen zu thematisieren und Brücken zum palästinensischen Kampf um gleiche Rechte zu schlagen, haben es verdammt schwer.

Die Palästinenser\*innen im israelischen Staatsgebiet, das sind über 1,5 Mio. Menschen, etwa 20% der Gesamtbevölkerung (ohne besetzte Gebiete). Die »*palästinensischen Israelis*« bilden eine Sonderkategorie in dem fast undurchschaubaren System an staatlich zugewiesenen Bürger-Kategorien: Sie haben den israelischen Pass und besitzen von daher staatsbürgerliche Rechte. Von elementarer Bedeutung ist dabei ihr Recht, sich an den Wahlen zum Parlament zu beteiligen. Daher sitzen seit geraumer Zeit auch palästinensische »Fraktionen« in der Knesset. Andererseits wird ihnen eine Reihe

---

<sup>11</sup> Andrea Böhm: Das Ende der westlichen Weltordnung, München 2017, S. 206.

von Sonderregelungen auferlegt, mit der Folge, dass sie in ihrem Alltagsleben stark benachteiligt sind.

Die Diskriminierung dieser Bevölkerungsgruppe begann unmittelbar nach dem Krieg 1948. Denjenigen, die geflohen oder vertrieben waren (etwa die Hälfte der damaligen Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Israels), wurde das Recht der Rückkehr in ihre Häuser bzw. auf ihr Land strikt verweigert. In der Folgezeit wurde der Ausbau der palästinensischen Siedlungen/Dörfer, in denen sich diese Bevölkerung sammelte, rigoros begrenzt, um nicht zu sagen: gestoppt. Die Folgen liegen auf der Hand: Es herrscht dort eine große Wohnungsnot, Familien müssen auf engstem Raum unter schwierigsten hygienischen Bedingungen zusammenleben. Auch die Zugänge zum Arbeitsmarkt sind für Palästinenser und nicht zuletzt Palästinenserinnen erheblich eingeschränkt. Hinzu kommt, dass die israelische Herrschaft die Bildung eines eigenständigen palästinensischen Wirtschaftsbereichs grundsätzlich verhindert. Die Auswirkungen sind unübersehbar: Knapp 60% der palästinensischen Familien in Israel leben unterhalb der Armutsgrenze!<sup>12</sup>

Selbst die weitgehende rechtliche Gleichstellung ändert nichts daran, dass die palästinensischen Israelis Bürger zweiter Klasse sind.<sup>13</sup> Wenn wir in der Hierarchie schließlich nach ganz unten gehen, so finden wir eine »Dienstleistungs«-Arbeiterklasse, der heute überwiegend Menschen aus dem asiatischen Raum und afrikanische Migrant\*innen angehören, die nach der Ersten Intifada die palästinensischen Arbeitskräfte ersetzt haben. Deren Charakteristik besteht darin, dass sie als »Gastarbeiter« geduldet, aber ansonsten weitgehend rechtlos sind. In den Bars und Restaurants in Tel Aviv kann man einen Eindruck davon bekommen, dass die niederen Handdienste von Menschen gelber oder schwarzer Hautfarbe ausgeübt werden.

## **Israel als Einwanderungsland – nur für das jüdische Volk**

In Tel Aviv werden wir mit der Tatsache konfrontiert, dass es selbst hier nicht nur die Glitzerwelt der »weißen Stadt« (so genannt wegen der zahllosen, hellen Bauhaus-Gebäude, die durch jüdische Architekten im Zuge einer ersten

---

<sup>12</sup> Nabila Espanioly: Eine Minderheit, die nicht mehr schweigt. Text für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv, unter: [www.rosalux.org.il](http://www.rosalux.org.il), 7.4.2019.

<sup>13</sup> Es ist von außen äußerst schwierig zu erkennen und zu verstehen, wer an welchem Ort welche Rechte hat oder gewissen Einschränkungen unterliegt (etwa der Bewegungsfreiheit). Das gilt beispielsweise für den Sonderstatus der Bewohner im annektierten Ost-Jerusalem, die einen »Jerusalem-Pass« haben, woraus sich ein auf die Kommune begrenztes Wahlrecht ableitet, die aber von den Knesset-Wahlen ausgeschlossen sind.

größeren Einwanderungswelle nach 1920 errichtet wurden) gibt, sondern auch Schattenseiten. Schauplatz Tel Aviv Süd: An der Nahtstelle zwischen der »jüdischen« Stadt Tel Aviv und dem »arabischen« Yafo gelegen, war dieser Stadtteil lange Zeit quasi der Hinterhof des europäischen Teils von Tel Aviv. Dort wohnte die palästinensische Arbeiterschicht, die nach 1967 wichtiger Bestandteil der israelischen Ökonomie war und nach der Ersten Intifada durch Arbeitskräfte vornehmlich aus Fernost ersetzt wurde. Im Klartext: Hier wohnen die Armen der Stadt, die Abgehängten und Ausgestoßenen.

Und just hier hat sich die Lage in den letzten zehn Jahren noch einmal immens verschärft. Zwischen 2005 und 2013 kamen etwa 36.000 Flüchtlinge aus Eritrea nach Israel, dazu noch Zehntausende aus dem Südsudan. Über 60.000 Flüchtlinge insgesamt hatten sich auf den Weg über den ägyptischen Sinai nach Europa gemacht, blieben aber in Israel hängen. Ministerpräsident Netanjahu bezeichnete sie als »Eindringlinge«, die man rasch wieder loswerden wollte. Sie direkt zurückzuschicken, ging nicht so einfach, Israel hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, also setzte man auf brutale Abschreckung. Ihre Kasernierung in der Wüste indes musste nach Einschaltung des Obersten Gerichts aufgehoben werden. Man drückte ihnen stattdessen eine Fahrkarte bis zum Zentralen Busbahnhof Tel Aviv (Süd) in die Hand. Dort sollten sie sehen, wie sie sich zurechtfinden könnten. Es liegt auf der Hand, zu welchen Zuständen diese »mildere« Form der Abschreckung geführt hat.

Eine prosperierende Drogen- und Kriminalitätsszene hat sich entwickelt, ein gesetzloser Raum ist entstanden, der natürlich den heftigen Protest der alten Einwohnerschaft hervorruft. Ja, es gibt eine gut ausgestattete Schule und einen Kindergarten für die Kinder der Geflüchteten, es gibt Vorzeigewohnungen. Doch das kann den Gesamteindruck kaum übertünchen. Im Levinsky-Park begegnen wir schwarzen Menschen, die völlig aus der Bahn geworfen scheinen, viele Wohnhäuser der Gegend wirken kaputt, verwahrlost, der Müll ist omnipräsent. Aber es gibt auch Menschen, die sich um soziales Leben mit den Neuen kümmern. »*Library Garden*« ist eines dieser Projekte, eine Bücherei im Park, die den Geflüchteten mit Bildungs- und Kulturangeboten weiterhelfen will. Unser Guide ist ein ehemaliger Professor an der Universität Tel Aviv, der sich in solchen Initiativen engagiert und den Kampf um unbegrenzte Aufenthaltsrechte zumindest für die hier geborenen Kinder aufgenommen hat. Kleinere Erfolge konnten dabei gerichtlich erreicht werden. Inzwischen setzt die israelische Regierung auf Abkommen mit afrikanischen Ländern, um die Geflüchteten zur unverzüglichen Rückkehr zu bewegen. Das Motto scheint zu sein: Geht freiwillig oder wir werden euch weiter drangsaliieren.

Diese Begegnungen in Tel Aviv sind für uns eine erste und harte Konfrontation: Israel, als Land, das von Flüchtlingen und Migrant\*innen aufgebaut

wurde (seit 1948 sind über drei Millionen Menschen von außerhalb nach Israel gekommen!), das zu den aktiven Betreibern der Genfer Flüchtlingskonvention in der Mitte des vorigen Jahrhunderts gehörte, präsentiert sich heute als hartherziges und abweisendes Land für alle Menschen, die nicht jüdischer Herkunft sind. Während in den 1990er Jahren über eine Million Einwanderer\*innen aus der untergegangenen Sowjetunion ins Land gekommen sind, äthiopische Juden in groß angelegten Militäroperationen in den 1980er und 1990er Jahren ins Land gebracht wurden, hat das vergleichsweise reiche Israel keine Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen!

Ein Grundmuster wird sichtbar, das ein Schlaglicht auf den Webfehler des israelischen Staates wirft. Während das »Rückkehrgesetz« von 1950 jedem Angehörigen des jüdischen Volkes das Recht auf Einwanderung zuweist, wurde bereits im »Infiltrationsgesetz« von 1953 die Abweisung der arabischen/palästinensischen Flüchtlinge verankert. Die Furcht vor der »demografischen Bedrohung« ist seitdem zur Staatsdoktrin geworden. War in der Unabhängigkeitserklärung aus dem Jahr 1948 noch von der sicheren Heimstatt für Jüdinnen und Juden und der Gründung eines Staates die Rede, der allen seinen Bürger\*innen gleiche Rechte und Freiheiten zubilligt, hat sich diese Ambivalenz mehr und mehr einseitig aufgelöst. Das kürzlich von der Knesset angenommene »Nationalstaatsgesetz«, in dem die jüdische Nation als Staatsvolk Israels postuliert wird, festigt damit eine Gesellschaft, die Bürger\*innen mit unterschiedlichen Rechten ausstattet. Es ist auch folgerichtig, dass dieses Gesetz – was in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle gespielt hat – die Förderung der jüdischen Besiedlung zur vornehmen Staatsaufgabe erklärt.<sup>14</sup>

## Militär und Besatzung

Wie eingangs erwähnt: Wer sich nur in Tel Aviv oder auch in Westjerusalem aufhält, bekommt von der israelischen Besatzung wenig bis gar nichts mit. Mit einer Ausnahme, worauf auch Reiseführer schon mal hinweisen: die ständige und unübersehbare Präsenz des Militärs im öffentlichen Raum. Junge, sehr junge Menschen begegnen einem, mit Rucksäcken und Handfeuerwaffen ausgestattet, fast überall – in Bussen, Zügen, auf den Bahnhöfen. Vor allem nach dem Sabbath, wenn sich die Wehrdienstleistenden wieder zu ihren

---

<sup>14</sup> Tsafirir Cohen: Das umstrittene Nationalstaatsgesetz, in: Israel – ein Blick von innen heraus 2, Debattenbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft & Kultur, Rosa Luxemburg-Stiftung, Tel Aviv 2019.



*Soldatin mit MP im Park Meir Garden im Zentrum von Tel Aviv*

Einheiten oder Militärübungen begeben, sind die Bahnsteige schwarz, nein: olivgrün vor Menschen. Zugegeben, besonders bedrohlich wirkt die Szenerie nicht. Die Menschen in Uniform stehen in Gruppen zusammen, lachen, scherzen, wirken relativ entspannt. Alltag eben. Aber es ist ein Szenario jenseits der besetzten Gebiete. Welche Anspannungen, welche Konfrontationen dort entstehen, die den Griff zur Waffe nahelegen, hat jüngst der israelische Film »Foxtrot« über eine Einsatzinheit, die an einem Checkpoint stationiert ist, eindrucksvoll gezeigt.

Wir haben die Gelegenheit, mit *Sahar Vardi* zu sprechen, einer Friedensaktivistin, die der Quaker Foundation angehört und sich intensiv mit dem militärischen Sektor beschäftigt. Sie gehört zu den wenigen, die sich der allgemeinen Wehrpflicht entzogen haben, mit erheblichen Folgen. Fünf Monate saß sie in Haft. Nach offiziellen Angaben der *Israeli Defense Forces* (IDF) gibt es derzeit 2.700 Deserteur\*innen und 1.800 Menschen, die sich dem Militärdienst verweigert haben. Verweigerung ist jedoch illegal und wird streng mit Haftstrafen geahndet. Das heißt nicht, dass alle jungen Menschen Wehrdienst leisten, denn natürlich gibt es Tauglichkeitskriterien und unter be-

## Wehrpflicht in Israel\*

|   |                                       |
|---|---------------------------------------|
| Männer  | 32 Monate                             |
| Frauen  | 28 Monate                             |
| Reservdienst bis zur Vollendung des 45. Lebensjahrs | z.T. mehrwöchige Wehrübungen pro Jahr |

\* Zahlen nach: Bundeszentrale für Politische Bildung; Israel. Informationen zur politischen Bildung 336, 1/2018.

## Die israelische Armee\*\*

|                        |         |
|------------------------|---------|
| Soldat*innen insgesamt | 176.500 |
| Heer                   | 133.000 |
| Luftwaffe              | 34.500  |
| Marine                 | 9.500   |

\*\* Ebd., S. 50. Die Bundeszentrale beruft sich auf das Institute for National Security Studies, Tel Aviv, da die Zahlen offiziell geheim sind.

stimmten Umständen Befreiungen. Aber der Wehrdienst ist ein den Alltag prägender Faktor, nicht zuletzt wegen der Dauer und Intensität des Dienstes.

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass diese Zeit nicht nur die Ausbildung an Waffen, sondern auch Teile der Berufsausbildung bzw. des Studiums (Beispiel Ingenieure, Ärzte) umfasst. Wie man hört, hat die Armee wegen der russischen Einwanderung keine allzu großen Schwierigkeiten bei der Rekrutierung. Die Zahl der Freiwilligen, die sich aus der palästinensischen Minderheit bewerben (können), ist dagegen extrem niedrig. Die Wehrüberwachung dauert bis zum Ende des 42. Lebensjahrs. Diese Wehrpflicht, die ab 2015 für Männer verkürzt und für Frauen verlängert wurde, ist auch die Basis dafür, dass die israelische Armee, genauer: das israelische Heer (Luftwaffe und Marine sind Berufssoldaten vorbehalten), auf eine extrem hohe Zahl an Reservist\*innen zurückgreifen kann. Innerhalb von 24 Stunden können über 500.000 Reservist\*innen eingezogen werden.

Die Personalstärke der israelischen Streitkräfte und die Möglichkeit des raschen Rückgriffs auf gut ausgebildete Reservisten ist der große Vorteil Israels im Vergleich mit allen anderen Staaten der Region. Neben der rüstungstechnologischen Überlegenheit ist dies der Faktor, der schon lange verlässlich gewährleistet, dass Israel keiner ernsthaften *militärischen* Bedrohung mehr ausgesetzt ist. Auch steht Israel nicht mehr einer geschlossenen Phalanx arabischer Staaten und Armeen gegenüber. Der Iran ist zusammen mit der Hizbollah-Miliz im Libanon in den Augen der Israelis zwar ein erheblicher

Störfaktor (was man nachvollziehen kann), eine existenzielle Gefahr für das Land ist er nicht.<sup>15</sup>

Die dauerhafte Beschwörung solcher Existenzbedrohung hat daher die Funktion, eine Gesellschaft im Zustand permanenter Mobilmachung zu halten, eine zentrale Grundlage auch für die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes. *Sahar Vardi* weist auf einen Umstand hin, der nicht unbekannt ist: die signifikante Rolle, die hohe Militärs und Vertreter der Geheimdienste in der israelischen Gesellschaft und Politik spielen. Die Liste der in die Politik gewechselten Militärführer reicht von Moshe Dayan (Generalstabschef) über Ariel Sharon (General), Yitzhak Rabin (Generalstabschef), Ehud Barak (Generalstabschef) bis zu Benny Gantz (s.o.).

Doch wäre dieser große Einfluss des Militärs auf die Politik kaum vorstellbar, wenn er nicht auf einer Durchdringung gesellschaftlicher Bereiche durch das Militär aufsetzen könnte. Ab der 11. Klasse sind Schüler\*innen mit Werbeauftritten des Militärs konfrontiert, besuchen Ausbildungslager und in einem Rechenblatt für Schüler\*innen werden schon mal Panzer gezählt statt Äpfel.

*Sahar Vardi* betont in ihrem Vortrag die inzwischen bedeutende Rolle Israels als globaler Waffenlieferant. Nach jüngsten Wachstumssprüngen ist Israel auf der Liste der Rüstungsexporteure weltweit in die Top Ten aufgerückt. Frühere Restriktionen wurden gelockert, zahlungskräftige Kundschaft in den »emerging states« ist an israelischen Waffen und Ausrüstungen höchst interessiert. Vor allem Indien hat jüngst Luftabwehrsysteme geordert. Dass Israel beste Voraussetzungen für den Waffenhandel hat, liegt auf der Hand: 70% der Industrie ist auf den Export getrimmt, dank hoher Aufwendungen für Forschung & Entwicklung ist Israel ein Hightech-Land, es verfügt inzwischen über eine leistungsstarke Rüstungsindustrie (die in den Bereichen Cybersecurity und Drohnen führend ist). Last not least kann Israel neben der breiten Palette an hochentwickelten Waffensystemen kampferprobte Waffentechnik anbieten.

Das Bonner *International Conversion Centre* (BICC) hat einen Militarisierungsindex entwickelt, der als Indikatoren u.a. erfasst:

- Militärausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP),
- militärisches und paramilitärisches Personal im Verhältnis zur Bevölkerungszahl,
- militärisches Personal im Verhältnis zur Zahl der Ärzte,
- schwere Waffen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Gelegentlich wird argumentiert, dass das Mullah-Regime in Teheran, erst einmal im Besitz der Atombombe, diese auch einsetzen würde. Aber was immer man den dortigen Machthabern vorwerfen kann, suizidaler Neigungen sind sie unverdächtig.

<sup>16</sup> Bonn International Conversion Center: Global Militarization Index, [www.bicc.de](http://www.bicc.de)

Mit dieser Methode wird natürlich wenig über die tatsächliche Gesamtstärke eines Militärapparats im internationalen Vergleich ausgesagt, aber doch das relative Gewicht des Militärischen innerhalb der jeweiligen Gesellschaft bestimmt. Und da ist Israel mit weitem Abstand die Nummer eins in der Welt. Diese Spitzenposition gilt auch, wenn wir nur das prozentuale Verhältnis zwischen Militärangehörigen und der Gesamtbevölkerung heranziehen. Nur zum Vergleich: Die Bundeswehr umfasst derzeit knapp 182.000 Soldaten bezogen auf eine Bevölkerung von ca. 82 Mio. Menschen. Israels Einwohnerzahl liegt bei etwa 8,3 Millionen und der Staat unterhält Streitkräfte, die fast die Personalstärke der Bundeswehr erreichen.

Dass sich gegen diese Militarisierung, die der Bevölkerung erhebliche Lasten aufbürdet und gerade jungen Menschen enorm viel abverlangt, kaum Gegenwehr regt, kann nur durch das israelische Narrativ erklärt werden, wonach der ständigen existenziellen Bedrohung mit äußerster Wehrhaftigkeit begegnet werden muss. Der Zusammenhang zum Besatzungsregime ist evident. Palästinenser\*innen kommen in dieser Erzählung nur als Kern der Lebensbedrohung vor. Mit den Folgen dieser »Staatsräson« werden wir bei unseren Besuchen in Hebron, Bethlehem und Ramallah konfrontiert werden.

## Die Last der Erinnerung

Auf dem Weg dahin legen wir zwei Zwischenstation ein: Im Kibbuzim Tsor'a treffen wir den Filmemacher und Kibbuzim-Mitglied Michael Kaminer. Ein sehr ungewöhnliches Anliegen hat er tatsächlich umgesetzt: die Geschichte des Kibbuz in einem Film ungeschönt aufarbeiten. Der Film beginnt mit schönen Bildern über die Aufbruchstimmung, die die Siedlergeneration der frühen Jahre beseelt hat. Rote Fahnen mit Hammer und Sichel allenthalben – sichtbares Zeichen dafür, dass die vorherrschende Richtung der zionistischen Bewegung links orientiert war (»Sozialistische Arbeiterpartei«).<sup>17</sup> Die Kehrseite war aber schon damals: das Gefühl der kulturellen/zivilisatorischen Überlegenheit gegenüber der »feindlichen« arabischen Umwelt.

---

<sup>17</sup> Dass das sozialistische Ideal des Kibbuzim passé ist, zeigt Daniel DeMalach in seinem Aufsatz »Die politische Ökonomie der Kibbuz-Bewegung« ([www.rosalux.org.il](http://www.rosalux.org.il), 7.4.2019). Die inneren Strukturveränderungen (Auflösung genossenschaftlicher Gleichheit) haben nicht zuletzt mit der veränderten Stellung des Kibbuz in der israelischen Ökonomie zu tun. Aus ihnen sind vielerorts kleine Industriebetriebe geworden. Der Heißhunger der expandierenden Wirtschaft nach Land (Produktionsstätten), der Grund und Boden zu einer äußerst profitträchtigen Ressource gemacht hat, hat dazu geführt, dass Kibbuzim ins einträgliche Immobiliengeschäft eingestiegen sind.

Kaminer fand bei seinen Recherchen heraus, dass sich dort, wo das Kibbuz gegründet wurde, ein palästinensisches Dorf befand, das im Unabhängigkeitskrieg zerstört worden war. Sämtliche Bewohner\*innen waren vertrieben worden. Darüber will er mit den Gründer\*innen der Dorfgemeinschaft reden. Anfangs trifft er auf eine Mauer des Schweigens, später gelingt es ihm, einige zum Sprechen zu bringen. Aber die Verdrängung des geschehenen Unrechts überwiegt. Eine der kargen Aussagen lautet: »*Ich mag Araber nicht*«. Oder: »*Wir haben so viel durchgemacht*.« Auf die Frage, ob die ursprünglichen Bewohner\*innen zurückkehren sollten, sagt einer der Befragten nach kurzem Nachdenken, er würde auch nicht nach Wien gehen, wo Verwandte von ihm von den Nazis vertrieben worden seien, und die Rückgabe seiner Wohnung verlangen. Immerhin erkennt einer der Interviewten auch das Leid der Palästinenser\*innen an.

Kaminer gelingt es, palästinensische »Ur-Einwohner\*innen« in einem Flüchtlingslager ausfindig zu machen und auf wundersame Weise nach Tsor'a zu bringen. Die Begegnungen gestalten sich, wie nicht anders zu erwarten, überaus schwierig. Es wird bei den Gesprächen deutlich, dass es den sehr alten Menschen aus dem Flüchtlingslager interessanterweise besonders auf zwei Dinge ankommt: Sie möchten in ihrer Heimat Erde begraben werden, und sie möchten eine Entschädigung für erlittenes Unrecht. Kompensation scheint für sie wichtiger und wohl auch realistischer als die tatsächliche Rückkehr und die ihrer Nachkommen. Wäre das nicht eine Basis für eine vernünftige Regelung eines heiklen Problems, das bis heute einen Friedensprozess blockiert?

Zu erwähnen bleibt noch, dass der Filmemacher Michael Kaminer in seinem Dorf mit Anfeindungen und dem »*Verräterimage*« zu kämpfen hat und dass sein Film »natürlich« offiziell nirgends zu sehen ist. Auch im Flüchtlingslager hat er mit den dortigen Führungspersonen gesprochen und nachgefragt, ob man den Film zeigen wolle. Die schroffe Antwort lautete: »Nein«. Auch dort ist er als Person suspekt. Man mag dies unverständlich finden, aber es weist uns überdeutlich darauf hin, zu welch tiefen Gräben das Ereignis der Vertreibung 1948 (»Nakba«) bis heute geführt hat.

Nicht nur pflichtgemäß, sondern aus voller Überzeugung besuchen wir Yad Vashem, die israelische Erinnerungsstätte an den von den Nazis verübten millionenfachen Judenmord. Yad Vashem dokumentiert auf erschütternde Weise, welches Jahrhundertverbrechen für immer mit Deutschland verbunden sein wird. Ein Eckpfeiler der Arbeit der Gedenkstätte ist es, einen Ort zu schaffen, an dem den sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden ihre Geschichte und ihr Gesicht zurückgegeben wird (was bei mehreren Hunderttausenden Menschen nicht mehr gelingen wird) – ein humaner

Kontrapunkt zu der vorsätzlichen Auslöschung jeglicher Individualität durch den industriellen Massenmord. Ein großartiges Monument.

Wer an diesem Ort war, versteht, wie sehr die Shoa der Urgrund israelischen Sicherheitsdenkens ist. Und doch wird unser Dilemma am Ende der Führung überdeutlich. Unsere Guide, die direkt betroffen durch den Verlust von Familienangehörigen in deutschen KZs ist, wagt mit Blick auf das strahlende neue Jerusalem einen Ausblick: Man sei der Hölle entronnen und wolle jetzt das Paradies auf Erden schaffen. Dabei sei man weit vorangeschritten, aber immer noch müsse dieses große Werk verteidigt werden. Und verweist dabei auf die Raketenangriffe aus Gaza.

Wir möchten dieser Sichtweise widersprechen, wissen aber, dass wir an diesem Ort besser schweigen. Gelegenheit, darüber zu sprechen, haben wir mit Dr. Ariel Picard, der Forschungsleiter am Hartmann Institut für jüdische Studien ist. Picard zeigt, dass es auch innerhalb der israelischen Gesellschaft eine Auseinandersetzung über das historische »Erbe« gibt. Ergebnis seiner Forschungen ist, dass Erinnerung nichts Naturgegebenes, sondern ein soziales Konstrukt ist. Dabei müsse kritisch reflektiert werden, wie man zurückschaue, welchen Einfluss dabei Gegenwartsinteressen haben, und welche Schlüsse man daraus für die Zukunft ziehe.

Er stellt dem »staatsmonopolistischen Narrativ« von der Exklusivität des jüdischen Leids die Erinnerung an den Völkermord andernorts gegenüber, in Armenien oder Ruanda etwa. Man dürfe die Singularität von Auschwitz nicht überspitzen, denn das könne dazu führen, massenhaftes Leid an anderer Stelle unterzubewerten oder zu verdrängen. Ein weiterer Gedanke: Natürlich sei die jüdisch-israelische Konsequenz aus der Shoa nachvollziehbar: »*Wir waren Opfer und wir wollen nie mehr Opfer sein.*« Aber sollte nicht daraus auch der Schluss gezogen werden, vergleichbaren bzw. allen furchtbaren Gewaltverbrechen überall auf der Welt entgegenzutreten? Aus der exklusiven Opfer-Erfahrung würde so ein moralischer Auftrag, sich global für Humanität und Menschenwürde einzusetzen. Und er fügt hinzu: »*Aus Opfern können auch Täter werden.*« Auch dieser unbequeme Satz setzt sich im Kopf fest.

Es sollte sich zeigen, wie wichtig unser Aufenthalt in Jerusalem war. Denn um das, was wir anschließend in den »Palästinensergebieten« erleben, richtig einordnen zu können, ist es erforderlich, immer wieder die Erinnerung an dieses Menschheitsverbrechen im Kopf zu haben. Denn allzu schnell geht mit Blick auf das aktuelle Geschehen vergessen, was Israel und die Israelis nach 1945 bewegt und geprägt hat. Und dass man dies gerade aus deutscher Sicht nicht aus dem Auge verlieren sollte. Die deutsche Verantwortung für die gesicherte Existenz Israels und seiner Bürger\*innen bleibt uns als Vermächtnis erhalten.

Das darf auf der anderen Seite nicht blind gegenüber der Tatsache machen, dass den Palästinenser\*innen seit 1948 schreiendes Unrecht angetan wurde und ein Ende dieses durch nichts zu rechtfertigenden Tatbestandes nicht in Sicht ist. Uns für ihr legitimes Anliegen einzusetzen, gehört auch zum »deutschen Vermächtnis«. Wir sind dabei gut beraten, nicht aus dem Auge zu verlieren, dass der berechtigte Widerstand gegen israelische Besatzung und Expansion innerhalb der »arabischen Welt« immer auch vom Hass gegen *die* Juden und der Ignoranz gegenüber der Geschichte der Shoa durchzogen war (und immer noch ist). Die kritische Auseinandersetzung mit diesem Antisemitismus zu unterlassen, wäre ein fataler Fehler.

## **Grenzzäune, Mauern, Segregation**

Grenzen und Zäune – unser Thema. In zehn Tagen als Wanderer zwischen den völlig disparaten Welten, Erste, Zweite, Dritte Welt und dies auf einer Fläche, die etwa dem Großraum Köln entspricht.

Vor Beginn der eigentlichen Studienreise habe ich mir Jerusalem mit der neuen mondänen Mamilla Mall und der vom internationalen Tourismus bersenden Altstadt angesehen. Ein Streifzug durch Teile Ost-Jerusalems, in denen Palästinenser\*innen in desolaten Häusern und verwahrloster Infrastruktur leben, zeigt auch die andere Seite der Stadt.

Schon auf der Fahrt von West-Jerusalem, wo Yad Vashem liegt, nach Ramallah werden wir mit der Allgegenwart des neun Meter hohen Grenzwalls konfrontiert. Es lässt sich erahnen, dass hier auf engstem Raum zwei nahezu völlig voneinander abgeschiedene Welten geschaffen worden sind, und schnell kommt die Frage hoch, wie unter solchen Umständen auch nur halbwegs normales Leben möglich sein soll.

Allein diese neue Grenzziehung ist ein Monstrum, das neben den riesigen Betonwänden auch Stacheldraht bewehrte Grenzzäune, Beobachtungsposten, Überwachungskameras, Bewegungsmelder und dergleichen enthält und über 700 km lang ist. An diesem Grenzwall, der noch längst nicht vollständig errichtet ist, wird immer weiter gebaut. 85% dieser Grenze verlaufen nicht entlang der Grünen Linie, die israelisches Staatsgebiet bis 1967 (Beginn der Besetzung der Westbank) festlegte, sondern innerhalb der Westbank. Die Gründe sind klar: Jüdische Siedlungen werden mit dem israelischen »Kernland« verbunden, palästinensische Bewegungsräume eingeschränkt und Land unbenutzbar gemacht. Etwa 10% der Westbank-Fläche sind auf diesem Wege inzwischen faktisch enteignet worden. Dass diese Ausdehnung israelischen Territoriums dem Völkerrecht widerspricht und schlicht illegal



ist, haben der Internationale Gerichtshof und die UN-Vollversammlung eindeutig festgestellt. Was das für die Menschen vor Ort bedeutet, liest sich in der nüchternen Sprache der UN-Einrichtung für humanitäre Angelegenheiten zum Beispiel so: »Ungefähr 88.000 Palästinenser, die in 23 Orten wohnen, sind gezwungen, Umwege zu machen, die zwei- bis fünfmal länger sind als die direkte Route, um den nächsten Ort bzw. das nächste Dienstleistungszentrum zu erreichen.«<sup>18</sup>

Die »Innenstadt« von Ramallah, dort, wo die palästinensische Selbstverwaltung ihren Sitz hat, erscheint vor diesem Hintergrund wie eine Wunderwelt: Boomtown, was die neuen Hochhäuser betrifft, elegante Hotels und Restaurants, ein quirliger Basar, ein recht weitläufiges Netz an Geschäftsstraßen und verstreut Regierungsgebäude, die einen eher bescheidenen Eindruck machen. Kein Zweifel: Hier gibt es Reichtum, hier gibt es einen Mikrokosmos, der heile Welt und buntes Leben suggeriert. Ja, man ist fast geneigt, zu sagen: Hier lässt es sich leben. Das ist natürlich nicht zuletzt auf die diplomatischen Vertretungen, die internationalen NGOs, auch die Investoren zurückzuführen, die sich in Ramallah niedergelassen haben. Die Vereinten Nationen sind hier der größte Arbeitgeber.

Bei der Fahrt unserer Gruppe von Ramallah nach Bethlehem um Jerusalem herum (nota bene: zwischen Jerusalem und Ramallah liegen nicht einmal 15 km Luftlinie) bewegen wir uns in Räumen/Welten, die unterschiedlicher kaum sein können, und die Diskrepanzen werden immer größer.

Aus dem Zentrum Ramallahs kommend Richtung Jerusalem kommen wir als erstes nach Kafr' Aqab. Auf der linken Seite ist das seit 1949 bestehende Flüchtlingscamp Qalandia, bestehend aus vielen, vielen kleinen Häusern mit Sozialeinrichtungen, finanziert durch die UN und andere Hilfsorganisationen. Mehr als zehntausend Menschen wohnen hier; viele immer noch mit der Hoffnung, eines Tages in ihr Heimatdorf zurückkehren zu können. Sie wollen hier nicht bleiben!

Auf der rechten Seite, direkt am alten Flughafen Ostjerusalems, liegt das neue Kafr' Aqab. Es ist ein Areal, das die Israelis nach 1967 annektiert haben – inzwischen von Ostjerusalem durch eine Mauer getrennt. Das Wohnen in dieser Trabantenstadt hat Vorzüge: Hier ziehen palästinensische Ostjerusalemer hin, um billig wohnen zu können. Hier ziehen sie hin, weil es möglich ist, mit einer Lebensgefährt\*in aus der Westbank zusammenzuwohnen, ohne wie andernorts den privilegierten Status als Ostjerusalemer zu verlieren. Der Nachteil: Es gibt hier keine Polizei, keine Sozialen Dienste, keine Bau-

---

<sup>18</sup> UN-OCHA: Occupied Palestinian Territory. Humanitarian Facts and Figures. East Jerusalem 2017, [www.ochaopt.org](http://www.ochaopt.org).



kontrolle, gar nichts. Wir fragen uns: Wer fährt eigentlich den Müll weg, es sieht relativ aufgeräumt aus. Private Dienstleister? Wer bezahlt sie, wovon?

Die vielen Baukräne weisen darauf hin, dass diese neue Stadt weiter expandiert. Viele Wohnungen scheinen allerdings leer zu stehen. Eine plausible Erklärung bekommen wir trotz Nachfrage nicht. Dieses Wohngebiet wird von unserem Begleiter als *No Man`s Land* bezeichnet (und ist auf Karten der UNO auch entsprechend verzeichnet), wegen des unklaren, jedenfalls kaum zu durchschauenden Status der Siedlung und ihrer Bewohner\*innen. Für die Menschen gilt auf jeden Fall eins: Je nach Lage müssen sie stundenlanges Warten am Kontrollstützpunkt auf sich nehmen, denn hier liegt der am meisten frequentierte Check Point zwischen der Westbank und Jerusalem. Alle, die überhaupt durch ihn hindurch dürfen, müssen ihren Bus verlassen und zu Fuß mit Ausweis und Taschenkontrolle, nach langem Warten durch eine Sicherheitsschleuse gehen. Auf der anderen Seite nehmen sie dann einen neuen Bus oder ein Taxi.

Wir fahren um das gesamte Areal herum und biegen ab zum Dorf Rafat. Hier biegen wir ein in eine (inzwischen) Sackgasse, an deren Ende drei Häuserruinen, ein kleines Haus und ein größeres Haus (noch) stehen. Es ist immer wieder das gleiche: Israelische Willkür bestimmt das Leben der Palästinenser\*innen. Staatliche Fürsorge für Nicht-Juden existiert nicht.

Die Geschichte dazu: Ein Mann hat für seine Kinder Geld gespart und dann ein kleines Haus hier gebaut. Eine Baugenehmigung bekam er nicht, Palästinenser\*innen wird sie verwehrt. Eines Tages bekam er die Abrissmitteilung für den nächsten Tag. Und tatsächlich: Innerhalb von 24 Stunden kamen die Bulldozer und haben das Haus und seine Existenz vernichtet. 2017 wurden insgesamt 351 Gebäude zerstört. 528 Menschen wurden einfach vertrieben. Das Land liegt brach.

Auf dem Rückweg nach Ramallah fahren wir wieder kreuz und quer, um der Mauer und den israelischen Siedlungsenklaven auszuweichen. Die kurze Strecke zieht sich endlos hin. Ein letzter Stopp ist vorgesehen. Wir sind nun in einem anderen *No Man`s Land* angekommen.

Hier ist aus einem prosperierenden Viertel mit Handwerkern, Hochzeitsgastronomie und sogar einem Bischöflichen Wohnsitz eine Geisterstadt entstanden. Grund dafür ist die Mauer: kein Durchkommen mehr zur Schule, zur Arbeitsstätte, zu Freunden. Hier kann und will niemand bleiben! Doch nein, aus dem Nichts taucht eine Frau mit einer Herde abgemagerter Ziegen auf. Sie hat sich im Schatten der Mauer und in den leerstehenden Häusern mit ihren Tieren eingerichtet und fristet dort ein karges Leben. Zumindest bis dieses Areal von neuen Herren besiedelt und genutzt werden wird. Schließlich ist der nahegelegene alte (palästinensische) Flughafen ja inzwi-

schen militärisches Übungsgelände der Israeli Defense Forces und jeder Zentimeter Boden in diesem Umfeld ist wertvoll.

## Sonderfall Hebron

Ich war bereits im Mai 2011 als Mitglied einer Delegation des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages in Hebron und habe die dortige Situation als beklemmend erlebt.<sup>19</sup> Ich gebe zu, dass mir damals der Begriff Apartheid durch den Kopf schoss, und er beschreibt auch die Lage an diesem Ort recht genau (gleichwohl halte ich diese Bezeichnung, bezogen auf den Staat Israel, für überzogen und nicht angemessen). »Spanische Reiter«, die damals markierten, auf welcher Seite der Straße Palästinenser gehen dürfen und wo nicht, hat man entfernt. Ihre Verankerung im Boden ist noch sichtbar. Geändert hat sich dennoch nichts. Die Bewegungsfreiheit der lokalen Bevölkerung ist seitdem eher weiter eingeschränkt worden. Die Altstadt ist durchzogen von Checkpoints, Barrikaden, eine zentrale Zufahrtsstraße in die Stadt ist ausschließlich Fahrzeugen mit israelischem Kennzeichen vorbehalten.

Ein Vertreter des *Hebron Defense Committee* zeigt uns die Wunden, die durch das sich ausweitende Besatzungsregime geschlagen werden. Wir stehen recht fassungslos vor Dutzenden von Markthallen, die von der israelischen Armee geschlossen und versiegelt worden sind. Es sollen insgesamt 1.800 Geschäfte bzw. Marktbuden sein, die dicht gemacht wurden. Versuchen, den Markt zumindest vor den Hallen wieder zu öffnen, begegneten die Siedler mit Gewalt (Steinwürfe, Bewerfen mit Unrat usw.). Schüler\*innen werden auf ihrem Weg zur oder von der Schule regelmäßig von Siedlern, die wiederum von Soldaten geschützt werden, attackiert und schikaniert. Um es in einem Satz zu sagen: Das öffentliche Leben in der Altstadt, die ein touristisches Schmuckstück sein könnte, ist weitgehend stranguliert worden. Die Folge dieser Drangsalierungen ist bekannt. Immer mehr Familien ziehen aus dem Stadtzentrum weg, während das Zentrum Hebrons als Pilgerstätte zu Abrahams Grab ausgebaut wird. An diesem Ort werden auch die Gräber von Abraham, Isaak, Sara, Jakob, Lea vermutet. Dass es hier eine kanaanitische Siedlung weit vor unsrer Zeitrechnung gegeben hat, dürfte als gesichert gelten. All das hat natürlich mit dem jüdischen Gründungsmythos zu tun.

---

<sup>19</sup> Wir wurden damals durch die Innenstadt von Hebron von der Gruppe *Breaking The Silence*, ehemaligen Soldaten, die versuchen, Rechtsverstöße und Verbrechen der Besatzung genau zu dokumentieren, geführt. Das wäre heute gar nicht mehr möglich. Die Lobbyarbeit des israelischen Staates hat inzwischen dazu geführt, dass zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen das Besatzungsregime wenden, zunehmend ausgegrenzt und dämonisiert werden.

Die Geschichte ist im Übrigen folgendermaßen gelaufen: In Hebron bezieht eine Menschengruppe im Jahr 1968 Hotelzimmer und weigert sich wieder auszuziehen. Es sind als Schweizer Touristen getarnte Siedler, die sich mitten in Hebron niederlassen wollen. Es entsteht am Rande von Hebron eine Siedlung Kiryat Arba und eine Enklave im direkten Umkreis der Sultan Ibrahim-Moschee, die natürlich sofort militärisch geschützt werden muss. Auch die Muslime berufen sich offenkundig auf Abraham (Ibrahim), der vermutlich als Nomade aus dem heutigen Irak (!) nach Hebron kam, und auch für sie hat Hebron besondere Bedeutung. Vielleicht steht Hebron daher auch für heftige Kämpfe und – Massaker. 1939 wurden hier 67 jüdische Siedler umgebracht, 1994 erschießt Baruch Goldstein 29 Palästinenser in der Ibrahim Moschee und wird danach von der aggressiven Rechten als Nationalheld gefeiert.

Im Zuge des Oslo-Prozesses wird Hebron 1997 in zwei Zonen geteilt: H1 und H2. H1 umfasst 115.000 palästinensische Bewohner\*innen und steht formell unter der Kontrolle der palästinensischen »Regierungsbehörde«. Im Bezirk H2 halten sich ca. 500 Siedler zuzüglich einer unbekanntenen Zahl an Talmud-Schülern und 35.000 Palästinenser\*innen auf. H2 steht unter der vollständigen Kontrolle der israelischen Armee und wird durch ein Camp und eine größere Festungsanlage auf einer Anhöhe gesichert. Dass wir es hier mit einer besonders harten, weil direkten Konfrontation zwischen Siedlern, Militär und Palästinenser\*innen zu tun haben, liegt auf der Hand.

Der Streit um Geschichte und Mythologie ließe sich durchaus produktiv auflösen. Wir reden nicht umsonst von den abrahamitischen Weltreligionen (Judentum, Muslime, Christen). Eine neue Ökumene könnte hier gestiftet werden. Das historische Zentrum könnte ein kultureller Anziehungspunkt für alle Seiten sein.

So aber beziehen die beiden verfeindeten Seiten ihre jeweilige nationale/ethnische/religiöse Identität, die sie den Anderen absprechen, auf diesen Ort. Fragt man die »arabisch/muslimische Seite«, so scheint die Geschichte Hebrons mit dem Jahre 638 zu beginnen, also der muslimischen Eroberung und Besiedlung durch die Mamluken, deren Herrschaft auf das Osmanische Reich überging.

Nun hat die UNESCO 2017 die Altstadt Hebrons zum Weltkulturerbe erklärt. Das war von der Stadtverwaltung initiiert und – alles ist in Palästina hochpolitisch – auch als politisches Projekt mitgedacht. Das arabisch-palästinensische Erbe sollte reklamiert und die Verdrängung durch die israelische Siedlungspolitik auf diesem Wege gestoppt werden. Die Folge war, dass Israel und die USA der UNESCO mit Austritt drohen. Das Ende des Konflikts ist weiter offen. Aber klar ist, ohne die wechselseitige Anerkennung der Ansprüche und einen vernunftgeleiteten Kompromiss kann es dort keinen »lo-

kalen Frieden« geben. Allerdings wird dieser nicht zu erreichen sein, solange das Besatzungsregime fort dauert.

## Die fragmentierte Westbank

Um die demografischen Verhältnisse besser einordnen zu können, sollten wir uns vergegenwärtigen, dass 2014 in der Westbank und Ost-Jerusalem (d.h. den besetzten Gebieten ohne Gaza) annähernd 600.000 Siedler\*innen lebten, davon allerdings ca. 200.000 in Ost-Jerusalem, denen ca. 2,3 Mio. Palästinenser\*innen gegenüberstanden.

Natürlich führen wir Karten mit uns, auf denen die im Oslo-Abkommen vorgenommene Aufteilung der besetzten Gebiete in verschiedene Zonen A, B und C eingezeichnet ist, Karten, auf denen der Verlauf der seit dem Jahre 2000 vorangetriebenen monströsen Sperrmauer nachverfolgt werden kann. Das vermittelt schon einen gewissen Eindruck, mit welcher Zergliederung wir es in den besetzten Gebieten zu tun haben. Doch der unmittelbare Augenschein ist dann doch etwas Anderes. Das Ausmaß dieser Fragmentierung ist atemberaubend. Und verwirrend: Die Vielzahl der Checkpoints, an denen die Kontrolle relativ willkürlich zu erfolgen scheint, Straßen, auf denen nur Fahrzeuge mit israelischer Zulassung fahren dürfen, Straßen, auf denen diese gerade nicht fahren dürfen, die Umwege, zu denen der Sperrzaun zwingt usw., usf. Man kann sich kaum vorstellen, dass diese Daseinsform – trotz natürlich erheblicher Privilegierung für die Angehörigen der Besatzungsmacht – ein besonders komfortables Leben verbürgt. Aber diese Beschränkungen, Unannehmlichkeiten werden offenkundig akzeptiert – aus welchen Gründen auch immer.

Und noch etwas fällt auf, für die meisten von uns überraschend: die Massivität der neu errichteten Siedlungen. Manche hatten sie sich eher als Dörfer vorgestellt, tatsächlich aber haben sich hier inzwischen richtige Städte entwickelt. Wie die Stadt Maale Adumim, an der wir vorbeikommen, in der heute ca. 37.000 Menschen leben, die aber flächenmäßig so groß ist wie Tel Aviv!<sup>20</sup>

Diskussionen in unseren Reihen entstehen zwangsläufig, ob man diese Entwicklung wieder zurückdrehen kann. Wird es überhaupt möglich sein, ohne neues Unrecht hervorzurufen, diese Siedlungen zu räumen, um neuen Bewohner\*innen Platz zu machen? Andererseits bleibt die Tatsache bestehen, dass wir es hier mit permanentem Bruch des Völkerrechts und einer schreienden

---

<sup>20</sup> Bundeszentrale für Politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung 1/2018, Israel, S. 22.

Ungerechtigkeit zu tun haben, denn der ungebrochene Siedlungsbau schränkt die Lebensräume der palästinensischen Bevölkerung immer weiter ein.

Blieben wir bei den nüchternen Zahlen: Circa 60% der Westbank werden der Zone C zugerechnet, in der Israel die völlige Kontrolle behalten hat. Etwa 300.000 Palästinenser\*innen, die in 532 Ansiedlungen leben, stehen in dieser Zone inzwischen über 400.000 Israelis gegenüber, die annähernd 230 Siedlungen bzw. Vorposten errichtet haben. Insgesamt kontrollieren die Siedler\*innen durch ihre Landnahme und durch die dann eingesetzten Regionalräte allein 40% der Westbank. Hinzu kommen die militärischen Sperrzonen und die inzwischen 13% der Westbank umfassenden Naturreservate, in denen in der Regel Palästinenser\*innen nicht wohnen und Landwirtschaft betreiben dürfen. Was sich auf den ersten Blick ökologisch vernünftig anhört, bekommt einen bitteren Beigeschmack, wenn man weiß, dass im Laufe der Zeit ca. ein Drittel dieser Naturschutzgebiete in Truppenübungsplätze umgewandelt wurden.<sup>21</sup>

Vollständige Kontrolle durch die Besatzungsmacht bedeutet nicht nur, dass dort der Zugang zu Land und die Bewegungsfreiheit für die Palästinenser\*innen extrem eingeschränkt sind. Ein probates Mittel, um die Enteignung und Vertreibung der ortsansässigen Bevölkerung voranzutreiben, ist es, bestimmte Gebiete zu Militärzonen zu erklären, die für militärische Zwecke benötigt werden. Daher müssen die hier lebenden Menschen immer damit rechnen, von ihren angestammten Plätzen vertrieben zu werden. Von 1988 bis heute sind über 16.000 Befehle zur Zerstörung von Häusern ergangen, über 4.000 davon wurden vollstreckt, die anderen sind noch anhängig.<sup>22</sup>

Da den Palästinenser\*innen Baugenehmigungen oder die Erschließung des Landes mit entsprechender Infrastruktur nahezu völlig verweigert werden, sind diese oftmals gezwungen, »schwarz« zu bauen. Während dies bei den jüdischen Siedler\*innen notorisch geduldet wird, werden solche Bauten – ob Häuser, Stallungen, Zisternen etc. – in aller Regel von der israelischen Armee zerstört. Die Zerstörung privater oder öffentlicher Gebäude durch Besatzungsmächte widerspricht internationalem Recht, es sei denn, es bestünde eine dringende militärische Notwendigkeit. Davon kann aber keine Rede sein. Auch der Transfer israelischer Bevölkerungsteile in das besetzte Land (Siedlungsbau) darf als grundsätzlich illegal gelten. Und: Es wäre ebenso ein

---

<sup>21</sup> Fragmentierte Westbank, Text der RLS Tel Aviv unter: [www.rosalux.org.il](http://www.rosalux.org.il), 7.4.2019.

<sup>22</sup> Angaben nach United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UN-OCHA) in the occupied Palestinian territory. OCHA sammelt Woche für Woche akribisch Informationen über die humanitäre Lage, also auch über Menschenrechtsverletzungen. Der Regierung in Tel Aviv und deren Lobby sind diese Berichte ein Dorn im Auge. Doch kann man wirklich OCHA und deren Mitarbeiter\*innen antijüdische Obsessionen unterstellen?

rechtmäßiges Gebot, dass der Besatzungsstaat eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, den Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Schulen sicherstellen muss. Auch dies ist nicht der Fall.<sup>23</sup>

Auch für die Zonen A und B (formell 40% der Westbank ohne das annektierte Ost-Jerusalem) gilt, dass von einer palästinensischen Selbstverwaltung nur äußerst eingeschränkt, wenn überhaupt, die Rede sein kann. Israel behält sich auch in diesen Zonen das Recht vor, jederzeit die Armee loszuschicken, um Sicherheitskontrollen und Razzien durchzuführen. Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten sind durch das im Rahmen der Oslo-Vereinbarungen ausgehandelte Pariser Protokoll eindeutig festgezurr. Und selbst diese werden zu Lasten der palästinensischen Selbstverwaltung nicht umgesetzt.

Folglich: Eine eigenständige Entwicklung ist schlicht nicht möglich, stattdessen sind alle Regelungen darauf gerichtet, die Entwicklungschancen für die Palästinenser\*innen hart zu begrenzen (»Abschreckung«).<sup>24</sup> Zu den Perversionen der Besatzung gehört, dass die palästinensische Autonomiebehörde von Israel Wasser kaufen muss, das wiederum aus den Wasserspeichern unter »Palästinenserland« gewonnen worden ist. Wegen der notorischen Knappheit sind die Bewohner\*innen auch gehalten, privat Wasser von israelischen Firmen zu kaufen, das den gleichen Quellen entstammt. Die Folge dieser Gesamtentwicklung liegt auf der Hand: weitere Verarmung der Bevölkerung, die mehr und mehr auf humanitäre Hilfe durch internationale Einrichtungen angewiesen ist.<sup>25</sup>

## Siedlerkolonialismus

Am Ende der Reise stellt sich für uns eine Fülle offener und schwieriger Fragen. Was hält die israelische Gesellschaft trotz der vielfältigen Widersprüche zusammen, was treibt sie an? Warum ist die Linke schon so lange in der Defensive? Welche Auswege aus der vertrackten Lage sind überhaupt denkbar? Darüber sprechen wir mit Gadi Algazi, einem Geschichtspräsidenten von der Universität Tel Aviv, der zugleich ein bekannter Aktivist der israelischen Linken ist. Sein Stichwort zur Erklärung der Besonderheiten des israelischen Staatswesens lautet: Siedlerkolonialismus. Und es erscheint plausibel, dass das Siedlungsprojekt die Antriebskraft beim Aufbau des neuen Staates gewe-

---

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> Eness Elias: Ein »gekapertter Markt«. Das Pariser Protokoll und die palästinensische Wirtschaft, in: Israel – ein Blick von innen heraus 2, Rosa-Luxemburg-Stiftung Tel Aviv.

<sup>25</sup> UN-OCHA, 50 Years of Occupation: Occupied Palestinian Territory. Humanitarian Facts and Figures 21.12.2017.

sen ist, die bis heute wirkt. Der Hölle der Judenverfolgung entronnen, konnte es nur darum gehen, endlich wieder eine sichere Heimstatt für die Jüdinnen und Juden zu schaffen. Das Dumme daran: Palästina war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar dünn besiedelt, aber dennoch lebten in dem für die Besiedlung auserkorenem Land bereits Menschen. Aus anderen Siedlungsgesellschaften – Nordamerika, Südafrika – wissen wir, dass dies der Keim für langandauernde, harte Konflikte ist, die zu massenhafter Vertreibung, Unterdrückung und gar Völkermord geführt haben.

Aus den historischen Beispielen ist auch zu lernen, dass solche Siedlungsgesellschaften über eine außerordentliche Dynamik verfügen: Einen selbst bestimmten, gemeinschaftlichen Neubeginn zu wagen, das setzt außerordentliche Energien frei, die die rasante Entwicklung dieser Staatsgründungen erklären können. Im Falle Israel kam die erhebliche Unterstützung durch eine Diaspora hinzu, der am Erfolg des Staatsprojekts gelegen war. Auch in anderen Siedlergemeinschaften spielten ethnische und religiöse Gemeinsamkeiten und der Wunsch, Lebensideale (»Freiheit des Glaubens«) endlich verwirklichen zu können, eine große Rolle. Die Besonderheit der jüdischen Einwanderung ist die Vorstellung der Rückkehr zu den eigenen »heiligen« Wurzeln, die Wiederkehr ins Gelobte Land, aus dem man Jahrhunderte lang vertrieben worden sei. Auch hierin liegt der schroffe Gegensatz zur eingesessenen arabisch-palästinensischen Bevölkerung begründet.<sup>26</sup>

Der Siedlerkolonialismus hat einige besondere Kennzeichen. Dazu zählt, dass sich ein staatlich-gesellschaftliches Konstrukt herausbildet, das durch verschiedene Interessenkonstellationen rund um den Besiedlungsprozess zusammengehalten wird: Der Staat und besonders das Besatzungsregime nach 1967 setzen den politischen Rahmen für die Enteignung der Palästinenser\*innen und die darauf folgende Kolonisation. Der Staat treibt den Grenzwall voran, sichert die neuen Zufahrtswege, hält mit seinen Soldaten die Palästinenser\*innen, die gegen die Expansion auftreten, in Schach.

Unter Schutz des Staates treiben private Investoren die Enteignung des Territoriums der Palästinenser voran. Arbeitstrupps, in denen überwiegend »orientalische«<sup>27</sup> Juden, Palästinenser\*innen, russische Migrant\*innen angeheuert sind, werden losgeschickt, die sich des palästinensischen Bodens bemächtigen, Olivenbäume ausreißen etc. und die entsprechenden Ländereien anschließend illegal an israelische Mittelständler verkaufen. An diesem Pro-

---

<sup>26</sup> Um die heutigen Verfeindungen verstehen zu können, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die arabische Welt der jüdischen Besiedlung im Laufe des ganzen 20. Jahrhunderts feindlich begegnet ist und sie selbst nach dem Holocaust bekämpft hat.

<sup>27</sup> Die Bezeichnung »orientalisch« widerspiegelt natürlich die westliche Perspektive: die Mizrachim kamen ja nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus dem Maghreb, westlich von Israel.

zess beteiligt sind spezielle Bankunternehmen wie der Israel Land Fund, die die Maßnahmen finanzieren und organisieren und von den aufzunehmenden Hypotheken profitieren, und Baugesellschaften wie Lidar Investment. In den Gremien dieser »Siedlungsunternehmen« sitzen wiederum Veteranen der Siedlungsbewegung.

Es sind also sowohl erhebliche Kapitalverwertungsinteressen als auch wirtschaftliche Belange »kleiner Leute« im Spiel, die die Stabilität des siedlerkolonialistischen Modells begründen. Ein weiteres Kennzeichen ist, da es sich um realen Grund und Boden handelt, dass buchstäblich ganze Landschaften umgepflügt und verändert werden. So werden Fakten geschaffen, die kaum noch reversibel erscheinen. Diese Unumkehrbarkeit begründet wiederum, warum dieser Prozess unweigerlich weitergeführt wird.

Interessant in diesem Zusammenhang: Die unter Sharon begonnene, von Netanjahu forcierte neoliberale Politik hat auf der einen Seite das Wachstum einer Schicht der Superreichen (s.o.) begünstigt und auf der anderen Seite die Zahl der Armen auch in der jüdischen Bevölkerung erhöht. Dies ist ein wesentliches Moment, warum die Zahl der Siedler\*innen in den letzten Jahren enorm angewachsen ist: Günstiger Wohnraum ist in den Städten kaum mehr zu bekommen, die Verdrängung aufs Land ist im vollen Gange.

Die sozialen Beziehungen in der Gesellschaft sind somit durch das Siedlungsprojekt in vielfältiger Weise durchdrungen: Die europäische Gründungselite bezog daraus die Legitimation des Staatsaufbaus, ihrer Regentschaft und die Notwendigkeit, die »neue Heimat« gegen ihre Feinde entschlossen zu verteidigen. Dass sich solche »Herrschaftsinteressen« – by the way mit materieller Privilegierung verbunden – verselbständigen, ist kein unbekanntes Phänomen. Die anfangs geschilderte besondere Rolle des militärischen Sektors im Rahmen der israelischen Gesellschaft hat hier ihren Platz.<sup>28</sup>

Die Siedler\*innen sind ebenfalls unmittelbare Profiteure dieses »Kolonialismus«. Sie sind jedoch keine homogene Gruppe. Sie teilen sich in die eher politischen Fanatiker\*innen – man geht von einem Drittel aus, das als ethno- oder auch religiös-politisch motiviert gilt und paramilitärisch organisiert ist –, und den Rest, für die die neuen Wohn- und Lebensverhältnisse ausschlaggebend sind. Dazu zählt vor allem: bezahlbarer Wohnraum, der

---

<sup>28</sup> Dass dieser Faktor auch Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehungen hat, kann angenommen werden. Soziologische Studien haben ergeben, dass es nach wie vor ein krasses Missverhältnis in den Einkommen, Vergütungen, Karriereerwartungen zwischen Männern und Frauen gibt. Dieser Umstand wird aber bis dato weitgehend widerstandslos akzeptiert. Andererseits entspricht diese Geschlechterdiskriminierung überhaupt nicht dem Alltagsbild, wie es sich dem Betrachter auf der Straße darstellt. Könnte die Erklärung darin liegen, dass man/frau bereit ist, ihre Ansprüche der Ratio des Staatsprojektes unterzuordnen?



Die in der israelischen Mehrheitsgesellschaft vorherrschende Vorstellung, dass man die Palästinenser\*innen zur umfassenden Unterwerfung bringen kann, dürfte eine völlige Illusion sein. Auch deshalb kann man sich eine unbegrenzte Fortdauer des Status quo nur schwerlich vorstellen. So steht die Frage im Raum, welche Vorstellungen zur künftigen Gestaltung des israelisch-palästinischen Verhältnisses existieren und welche Realisierungschancen sie jeweils haben.

## Welche Zukunftsszenarien gibt es?

Israel könnte, was ja ultrarechte Gruppen schon lange fordern, die besetzten Gebiete annektieren und die Palästinenser\*innen vertreiben. Ein solcher Schritt würde Israel international völlig isolieren und zu schweren Verwerfungen in der ganzen Region und darüber hinaus führen.

Israel könnte die »Gebiete« annektieren. Auch dies wäre außenpolitisch mit heftigen Problemen verbunden. Die Annexion hat man bereits nach dem Sieg 1967 erwogen, aber verworfen, weil man eine demografische Mehrheit des palästinensischen Bevölkerungsteils fürchtete und fürchtet.<sup>30</sup> Außerdem hat der Besatzungsstatus für Israel einen großen Vorteil: Man vermeidet dadurch, den Palästinenser\*innen bestimmte Staatsbürgerrechte einräumen zu müssen – was wiederum die systematische Enteignungs- und Siedlungspolitik erleichtert. Auch diese Variante erscheint daher wenig wahrscheinlich.

Israel treibt die Siedlungspolitik weiter voran; zugleich werden die Palästinensergebiete weiter einem Prozess der *Bantustanisierung* unterworfen. Unter Bantustans versteht man die räumlich-administrative Struktur, mit der im Apartheid-Staat Südafrika die Segregation der schwarzen Bevölkerung in getrennte Wohn- und Verwaltungseinheiten festgeschrieben wurde. Unter der Aufsicht und Kontrolle des Zentralstaates sollten den Schwarzen bescheidene Selbstverwaltungsrechte zugestanden werden. Der Bezug auf Südafrika bedeutet gleichwohl nicht »identische Verhältnisse«. Es geht nicht um strikte Rassentrennung, sondern um vergleichbare räumlich-administrative Strukturen zur Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Siehe dazu das Schlusskapitel in Tom Segev: 1967. Die zweite Geburt Israels. München 2007.

<sup>31</sup> Inwieweit der frühere Ministerpräsident Ariel Scharon nach einem Besuch im Apartheid-Staat Südafrika darüber sinniert hat, dass er sich eine solche Entwicklung als »Lösung« vorstellen könne, ist nicht endgültig bewiesen. Der frühere italienische Ministerpräsident Massimo d'Alema hatte dies öffentlich gemacht, was aber dementiert wurde. Siehe dazu: Akiva Eld-

Schließlich: Israel geht auf die Palästinenser\*innen und ihre politische Vertretung zu und bietet einen Friedensschluss an, der den Weg zu einer friedlichen Koexistenz und zu gleichberechtigter Zusammenarbeit öffnet.

Die Option »Friedensprozess« scheint in weiter Ferne zu liegen. Auf beiden Seiten gibt es derzeit keinerlei Bereitschaft, auch nur Verhandlungen zu eröffnen. Die israelische Seite fühlt sich viel zu stark, um sich darauf einlassen zu müssen, die palästinensische viel zu schwach, um irgendwas erreichen zu können. Außerdem: Ganz praktische Gründe lassen die Bildung eines autonomen Palästinenserstaates immer unwahrscheinlicher werden. Wie soll dieses Staatsgebiet angesichts der fortdauernden Siedlungsexpansion aussehen? Was soll mit diesen Siedlungen geschehen, ohne dass Unrecht mit neuem Unrecht vergolten wird?

Vor diesem Hintergrund ist seit geraumer Zeit in linken und friedensbewegten Kreisen eine Debatte aufgekommen, ob nicht die Ausgangspositionen verändert werden müssten. Realistischer erscheine es unter den heutigen Voraussetzungen das Konzept eines demokratischen Staates auszuarbeiten, in dem jüdische und palästinensische Bevölkerung gleichberechtigt leben sollten. Unsere Gesprächspartner\*innen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aber auch jüdische Intellektuelle, neigen dazu, die Debatte um eine Ein- oder Zweistaatenlösung gegenwärtig als müßig anzusehen. Schaut auf die Realität »on the ground«, ist ihre Botschaft. Das klingt irgendwie resignativ, will aber vor allem eins besagen: Weder in Israel noch international sind gegenwärtig Bedingungen für einen Friedensprozess gegeben. Daher, so die These, komme es vorrangig darauf an, durch beharrliche Überzeugungsarbeit und konkreten Widerstand die Voraussetzungen für einen gerechten Frieden zu schaffen. Dazu zähle als Alpha und Omega der Stopp des Siedlungsprojekts. Die Beendigung der ständigen Enteignung palästinensischen Landes und der rechtlichen Diskriminierung der Bewohner\*innen sei damit eng verbunden. Neue Entwicklungschancen durch Umverteilung von Land und Wasser! Gleiche Rechte für Alle! Diese Prinzipien sollten eben unabhängig davon, ob es einen Staat oder zwei Staaten geben soll oder geben wird, gelten.

Gleichwohl stellt sich unweigerlich die Frage, ob solche Prozesse ohne ein Friedensabkommen überhaupt umsetzbar sein können. Und damit sind wir doch wieder auf den Punkt zurückgeworfen: Wie sieht die »große Lösung« aus? Und da kann nach meiner Überzeugung kein Zweifel daran bestehen, dass die Entstehung eines bi-nationalen Staates Palästina, oder auch nur einer Konföderation zweier Staaten, eine schöne Utopie ist, die auf absehbare

---

ar: People and Politics/Sharon's Bantustans Are Far From Copenhagen's Hope, in: Ha'aretz vom 13.5. 2003.



*Militärposten im arabischen Teil der Altstadt von Jerusalem*

Zeit nicht kommen wird. Das jüdische Trauma, dadurch in eine demografische und politische Minderheitenposition zu geraten, wird solche Konstruktionen schlicht blockieren. Aber auch umgekehrt werden sich die Palästinenser\*innen, die ihre Identität erst durch die Bildung des Staates Israel und durch die Erfahrung permanenter Entrechtung und Missachtung gefunden haben, nicht mit einer solchen Lösung arrangieren. Israel wird an seinem Vorsatz, einen sicheren Staat für Jüdinnen und Juden zu garantieren, festhalten und die Palästinenser\*innen werden zunächst ihre Chance im Aufbau eines eigenen Staatswesens sehen. Es bleibt also dabei, dass die bereits lange vorliegenden Konzepte, die sich auch in UN-Entschlüssen manifestiert haben, die Basis bilden werden. Beispielhaft sei auf die *Genfer Friedensinitiative* verwiesen<sup>32</sup>: Israel in den Grenzen von 1967, der Austausch von Gebieten wäre dennoch kein Tabu. Auch wenn für den künftigen Palästin-

---

<sup>32</sup> 2003 legten israelische und palästinensische Politiker, u.a. Jossi Beilin und Jassir Abed Rabbo, ein Abkommen vor, das eine solche Friedenslösung ausformulierte.

serstaat immer noch Land zur Verfügung stünde, durch die Auflösung der militärischen Sperrzonen beispielsweise, führt kein Weg daran vorbei, dass größere Siedlungen bzw. Siedlungsblöcke rückgebaut oder übergeben werden müssten. Die Siedler\*innen müssten entschädigt, ihnen muss Ersatz angeboten werden. Umgekehrt würde das grundsätzliche Recht auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge vor allem auf pragmatische Entschädigungslösungen hinauslaufen.

Die Lösungskonzepte also sind bekannt, allein es fehlt der politische Wille sie umzusetzen. Und die politischen Kräfte für diese Lösungen sind weitgehend isoliert. Das »Friedenslager« in Israel ist seit geraumer Zeit marginalisiert, die extreme Rechte hat längst die Meinungsführerschaft übernommen. Die Linken sind auf beiden Seiten des Konflikts eine deutliche Minderheit. Auf der »arabischen Seite« haben seit den 1990er Jahren als Ergebnis wachsender Frustration und Verzweiflung die religiösen und unversöhnlichen Eiferer großen Einfluss gewonnen. Und worauf uns eine Vertreterin von Sadaka Re'ut, einer in Tel Aviv sitzenden Einrichtung, die sich um bi-nationale Verständigung bemüht, hinweist: Die Möglichkeit der Begegnungen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen ist durch die sich ausbreitenden Grenzziehungen radikal beschnitten worden. Aber Unkenntnis ist die Basis des Vorurteils. Wie soll so Versöhnungsbereitschaft entstehen?

Über allem steht: Der Weg zu einem dauerhaften, gerechten Frieden in Palästina bedarf unter den geschilderten Umständen energischer Anstöße von außen. Ohne äußere Einflussnahme, ja internationalen Druck, wird es keine Konfliktlösung geben. Die Staatengemeinschaft unter der Ägide der Vereinten Nationen ist gefragt, endlich und konsequent auf der strikten Anwendung des internationalen Rechts und der Eröffnung von Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage zu bestehen. Es wird vermutlich nicht reichen, in New York weitere Resolutionen zu verabschieden. Rechtsbrüche sollten dann auch Sanktionen nach sich ziehen. Doch wer kann innerhalb der Vereinten Nationen eine solche Politik anstoßen und voranbringen?

An erster Stelle die Vereinigten Staaten von Amerika. Es liegt auf der Hand, dass diese Voraussetzung unter dem Vorzeichen der Trump-Regentschaft schlicht nicht gegeben ist. Die jüngste Entscheidung der US-Administration, die israelische Annexion der Golan-Höhen anzuerkennen, kann nur als Ermutigung zum fortgesetzten Bruch des Völkerrechts gedeutet werden.

Doch was ist mit der Europäischen Union? Mit Blick auf die gegenwärtigen Erosionen innerhalb der EU, die sich auch in der Palästina-Frage manifestieren, kann es vielleicht zunächst nur darum gehen, dass sich innerhalb der EU eine Gruppe von »like minded states« zusammenfindet (die sich auch Verbündete über Europa hinaus sucht). Diese »Koalition der Willigen« muss

aber darum ringen, dass sich die EU auf einen eindeutigen Neuansatz ihrer Palästina-Politik verständigt. Die passive Duldung der permanenten Rechtsbrüche durch die israelische Regierung muss ebenso beendet werden wie das unkritische Verständnis für die israelische Sicherheitspolitik. Diese Politik wird bis dato damit begründet, dass nur auf diesem Wege eine Bereitschaft zu ernsthaften Friedensverhandlungen auf israelischer Seite erreicht werden könne. Aber erreicht hat man damit nichts. Im Gegenteil. Diese Politik hat in der israelischen Elite und der Gesamtgesellschaft nur die Vorstellung bestärkt, dass man die Probleme im Alleingang und kompromisslos bewältigen könne.

Um die Forderung nach einer Zweistaatenlösung aufrechtzuerhalten und um die israelische Seite mit den Kosten ungebremsster Siedlungspolitik zu konfrontieren, hat die EU – im Einklang mit der UN-Sicherheitsrat-Resolution 2334 – eine sogenannte Differenzierungspolitik beschlossen: Produkte, die aus den besetzten Gebieten exportiert werden, müssen gekennzeichnet werden. Offenkundig reicht das nicht. Die EU täte gut daran, ein Importverbot für solche Waren zu verhängen und gegen die Unternehmen, die in den besetzten Gebieten Geschäfte machen, vorzugehen.

Zum Zweiten sollten Fortschritte im Rahmen des Assoziierungsabkommens strikt an Fortschritte bei der Umsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts gekoppelt werden.

Schließlich sollten Deutschland und die EU prioritär die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, die es auf beiden Seiten immer schwerer haben, nachdrücklich unterstützen und für deren Handlungsspielräume eintreten.<sup>33</sup>

Die Anzeichen, dass die jüdische Gemeinschaft in den USA die Politik von Trump und Netanjahu immer kritischer sieht, mehren sich. Das eröffnet die Chance eines politischen Wandels dort – was ein Schlüssel zum Frieden sein dürfte.

Gerade Israels Linke hofft darauf, dass auch in Europa umgedacht wird.<sup>34</sup> Deutsche Außenpolitik sollte gerade was den israelisch-palästinensischen Konflikt betrifft, äußerst zurückhaltend bleiben, könnte dennoch mehr tun, um eine solche, konsequente Friedenspolitik einzuleiten. Mehr Friedensfachkräfte entsenden, statt Waffen zu liefern, könnte dabei eine gute Maxime sein.

---

<sup>33</sup> Siehe dazu: Muriel Asseburg: Die Europäer müssen im Nahostfriedensprozess andere Schwerpunkte setzen als die USA, [www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org), 07.42019 und dies., »Shrinking Spaces« in Israel, [swp-aktuell](http://www.swp-berlin.org) 61 vom August 2017.

<sup>34</sup> Tsafir Cohen: Am Scheideweg: Die israelische Linke und die Nahostfrage, [www.rosalux.org.il](http://www.rosalux.org.il), 6.4.2019.

# VSA: Frieden im Nahen Osten?



Friedrich Steinfeld  
**Der Nahe und Mittlere Osten  
als weltpolitisches Pulverfass**  
Europa muss sich außenpolitisch  
neu aufstellen  
Sozialismus.de Supplement  
zu Heft 2/2019  
56 Seiten | € 7.00  
ISBN 978-3-89965-897-2



Theodor Bergmann  
**Der 100-jährige Krieg um Israel**  
Eine internationalistische Position  
zum Nahostkonflikt  
Neuausgabe mit einem  
aktualisierten Vorwort  
96 Seiten | € 9.80  
ISBN 978-3-89965-784-5  
Theodor Bergmanns internationalis-  
tische Positionierung zum Israel-Pa-  
lästina-Konflikt und sein Plädoyer  
für eine Versachlichung der Debatte  
gehört zum Vermächtnis seines linken  
»Jahrhundertlebens«.

**VSA:**

Prospekte anfordern!  
VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)